

tisches „Non volumus“. Es gehört daher zum notwendigen Desillusionierungsprozeß, daß man sich nicht hinter angeblichen juristischen Unmöglichkeiten verschanzte. Die Diskussion muß vielmehr mit Unerbittlichkeit auf die Grundfrage zurückgeführt werden: Wollen wir oder wollen wir nicht? Entscheidend dafür sind viele Gründe, vor allem aber die Bereitschaft, gewisse Risiken zu tragen und zu handeln. Es ist Eschenburgs Verdienst, nachgewiesen zu haben, daß wir bisher leichtfertig über diese Abwägungen hinweggegangen sind und uns darauf beschränkt haben, dieses Problem vor uns herzuschieben, ohne es zu lösen.

Auch für die internationale Diskussion über die „deutsche Frage“ ist die Schrift eine Bereicherung. Allerdings wird man aus ihr auch negative Schlüsse ziehen: Wir müssen gewärtig sein, daß ausländische Partner bei kommenden Verhandlungen diese Broschüre als Beweis gegen eine mit allzugroßer Selbstverständlichkeit vorgetragene Forderung nach Vollzug der Wiedervereinigung verwenden. Und was wäre geschehen, wenn man etwa Präsident **Eisenhower** bei seinem Besuch in Bonn auf Eschenburgs Ausführungen verwiesen hätte, falls der Gast den Wunsch geäußert hätte, die Einstellung der deutschen Öffentlichkeit zur Aufhebung der Spaltung Deutschlands zu erfahren? Wahrscheinlich hätten ihn die unzähligen Einwände und Vorbehalte, die vielen selbsterrichteten Hindernisse und der verzichtende Grundton verwirrt. Deshalb wird man diese Schrift sicher nicht in den deutschen Auslandsvertretungen auslegen. Trotzdem ist es gut, daß sie geschrieben wurde. Denn jede Entzauberung eines Tabus und jeder Verzicht auf falsches Pathos bringt uns der Wahrheit näher.

Die Wahrheit aber ist, daß es auch Gegner der Wiedervereinigung gibt; sicher nicht in dem Sinne, daß die Spaltung Deutschlands als idealer Zustand empfunden wird, dagegen wohl in dem Sinn, daß Risiko und Preis für ihre baldige Vollziehung manchem zu hoch erscheinen. Um diese Fragen müssen jetzt die Auseinandersetzungen entbrennen. Sie sollten in der richtigen Erkenntnis der historischen Perspektive geführt werden: der Tatsache nämlich, daß die Zeit der Provisorien abgelaufen ist und die deutsche Nation wieder sichtbar werden muß.

Dr. Achim v. Borries

Zehn Jahre Provisorium und sein Preis

Zwei bedeutungsvolle nationalpolitische Gedenktage hat die Bundesrepublik in diesen Herbstwochen des Jahres 1959 begangen, man ist geneigt zu sagen: begehen müssen. Denn der geschichtliche Zusammenhang, in dem sie beide entscheidende Wendepunkte markieren, ist für die Deutschen bitter genug. Am 1. September 1939 eröffnete der deutsche militärische Überfall auf Polen den zweiten Weltkrieg. Am 14. August 1949 wählte die Bevölkerung der Bundesrepublik ihr erstes Parlament, am 12. September 1949 der neue Bundestag Professor Dr. **Theodor Heuss** zum ersten westdeutschen Staatsoberhaupt. Zwischen diesen Ereignissen der Jahre 1939 und 1949 lag der 8. Mai 1945. Die politische und militärische (zu schweigen von der moralischen) Katastrophe, in die das **Hitler-Regime** die Nation gestürzt hatte, führte zum Ende der nationalpolitischen Souveränität Deutschlands und zu seiner Vier-Teilung durch die Besatzungsmächte. Der Weg vom 8. Mai 1945 über den August/September 1949 zum

Herbst 1959 ist der Weg zur Wiederbegründung und Konsolidierung einer neuen deutschen Staatlichkeit gewesen. Er war aber zugleich auch der Weg von einer durch die Siegermächte aufgezwungenen Teilung Deutschlands zu einer durch die Deutschen selbst mit bewirkten und besiegelten Spaltung ihres Vaterlandes. Ein Rückblick auf „Zehn Jahre Bundesrepublik“, der solch schmerzlichen nüchterner Einsicht sich entzieht, unterschlägt die entscheidende Problematik der nationalpolitischen Entwicklung in diesen zehn Jahren. Denn was immer nationalpolitisch diese Bundesrepublik bedeuten mag — der hohe, vielleicht allzu hohe Preis, der für ihre Errichtung und ihren Ausbau bezahlt werden muß, liegt wie ein Schatten auf ihr. Die Jahrestage der ersten Bundestags- und der ersten Bundespräsidentenwahl sind darum alles andere als ein Anlaß zu selbstzufriedener Festbetrachtung, so wenig wie zu bloßer „Würdigung“ des „Erreichten“ — ist doch dieses „Erreichte“ in mehr als einer Hinsicht fragwürdig genug und läßt es doch die entscheidende andere Frage, die nach dem Nicht-Erreichten und Versäumten, nicht verstummen.

Die freimütige Diskussion über den „Preis“ darf nicht mehr erstickt werden (wie es ‚offiziöse‘ Bonner Kreise versuchen, die sich an ‚kleine Schönheitsfehler‘ in der Entwicklung halten, um sich als ‚kritisch‘ auszuweisen und gleichzeitig die entscheidenden politischen Zusammenhänge bewußt zu verschleiern): mit ihr wird der historische Rückblick zum politischen Ausblick, zur kritischen Betrachtung jener zehnjährigen Phase westdeutscher Politik, die auf Grund neuer welt-politischer Entwicklung heute vor ihrem Ende steht, nachdem sie die Nation in eine Sackgasse geführt hat. Zahlreiche publizistische Äußerungen anläßlich der Zehn-Jahres-Feier der Bundesrepublik lassen denn auch hinter einer gewissen oberflächlichen Apologetik heute schon ein tiefes Unbehagen, eine wachsende nationalpolitische Ratlosigkeit erkennen. Sie geben zwischen den Zeilen oder sogar ausdrücklich zu, daß ein wesentlicher Teil der Hoffnungen sich als trügerisch erwiesen hat, von denen die Gründung der Bundesrepublik begleitet gewesen war und mit denen ihr Ausbau immer wieder gerechtfertigt worden ist. Es heißt, „Manches“ sei erreicht worden, „Anderes“ nicht. Und wenn das bereits das verklausulierte Eingeständnis des Scheiterns jener Bonner politischen Konzeption ist, so bedeutet hier häufig noch immer ein solches „nicht erreicht“ — „noch nicht erreicht“. Als ließe sich „eines Tages“ auch noch dieses bisher nicht Erreichte erreichen. Wird in einer solchen Betrachtungsweise zwar die bisherige Methodik der Bonner Politik vorsichtig kritisiert, so doch nicht etwa deren Zielsetzung. Die Diskussion um den „Preis“ kann aber auch vor ihr nicht halt machen. Denn jene Teil-Kritik mündet fast immer zuletzt doch wieder in eine ‚grundsätzliche‘ Apologetik ein und nährt, ob bewußt oder unbewußt, die Vorstellung, nur eine gewisse falsche Methodik und vor allem ein widriges welt-politisches Geschick habe dazu geführt, daß „bisher“ „nur Einiges“, „nicht Alles“ erreicht worden sei. Man wird nun aber gerade heute der Frage nicht ausweichen dürfen, ob denn nicht gerade das Erreichte selbst ein entscheidender Grund dafür geworden ist, daß anderes nicht erreicht werden konnte.

Der Aufbau der westdeutschen Bundesrepublik wurde eingeleitet mit der Einführung der sogenannten „Freien Marktwirtschaft“ durch die bürgerliche Bundestagsmehrheit von 1949. Mit ihr begann die außerordentliche Dynamik der wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung Westdeutschlands — gleichzeitig aber auch eine ungehemmte privat-kapitalistische Restauration. Sie führte zu einer wesentlichen Steigerung des Lebensstandards (erkauft mit härtester Arbeit) aller Volksschichten — aber auch zu einer neuen ungeheuren Konzentration wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht (die mittelbar auch politische Macht und als solche je länger desto mehr wirksam geworden ist) in den Händen weniger. Es ist

durchaus ungewiß, ob dieses neo-kapitalistische System auf die Dauer schweren ökonomischen Krisen entgegen kann — das letzte Wort über seine „Krisenfestigkeit“ ist durchaus noch nicht gesprochen. Daß es zwar „christlich-demokratischen“, nicht aber biblisch-christlichen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit entspricht (zu denen sich einst in ihrem Ahlener Programm die CDU immerhin teilweise bekannt hatte) sollte nicht länger so nachsichtig verschwiegen werden, wie das heute üblich ist. Und nicht in erster Linie an seinem Verdienst um die ‚Konsumsteigerung‘ (der auf der anderen Seite eine ungeheure Profit-Steigerung entspricht) ist dieses System zu messen, sondern an der entscheidenden Frage, ob es in der Lage ist, eine wirklich sinnvoll arbeitende, dem Gemeinwohl dienende Volkswirtschaft und auf dieser Basis eine wirklich freie und humane menschliche Gesellschaft zu begründen. Die maßlose Kommerzialisierung des gesamten Daseins, der unbarmherzige Konsum-Terror, das heißt die totale Ökonomisierung und Funktionalisierung des einzelnen Bürgers, die faktische Reduktion der ‚Freiheit‘ auf reale Profit-Freiheit und scheinbare Konsum-Freiheit — alle diese für das Leben in der Bundesrepublik heute durchaus typischen fragwürdigen Erscheinungen gehören in das Bild dieser mythisierten „Freien Marktwirtschaft“. Der Neo-Kapitalismus ist zum eigentlichen ‚Grundgesetz‘ der Bundesrepublik geworden ...

Schon diese kapitalistische Restauration in Westdeutschland ist nur zu verstehen im Rahmen der weltpolitischen Entwicklung seit 1948/49. Der Gegensatz zwischen den USA und der Sowjetunion als den Vormächten zweier antagonistischer Gesellschaftssysteme wurde immer stärker, ihre weltpolitische Rivalität immer größer. Das wirkte sich auf ihre Haltung in der ‚Deutschland-Frage‘ entscheidend aus. War schon die Gründung der Bundesrepublik nur dank der Zustimmung der Westmächte möglich gewesen, so wurde ihr wirtschaftlicher Aufbau nun durch amerikanische Investitionen und Kredite gefördert. Westdeutschland geriet damit in eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA. Außerdem war ihm eine propagandistische Funktion zugeordnet: es sollte zum Schaufenster des kapitalistischen Systems in Mitteleuropa werden. Dem entsprach die Entwicklung auf der anderen Seite. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik folgte im Oktober 1949 der bereits im Mai 1949 offiziell verkündeten der Bundesrepublik. Der Ausbau Ostdeutschlands zum mitteleuropäischen Vorposten des Sowjet-Systems und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, 1945 zunächst sehr vorsichtig eingeleitet, wurden nun unter dem Schutz der sowjetischen Truppen mit gesteigerter Energie fortgesetzt *). Ein großer Teil der Arbeiterschaft und auch der bürgerlichen Intelligenz in Ostdeutschland unterstützten diese Entwicklung, von der sie hofften, sie werde zu einem ‚sozialen Humanismus‘ führen. Die Erinnerung an die Katastrophe des Kapitalismus in Deutschland 1918—1933 und an den Umschlag vom Krisen-Kapitalismus zum Nationalsozialismus stand hinter solchen Hoffnungen. Der Weg des neuen ostdeutschen Staates führte in die entgegengesetzte Richtung wie der der Bundesrepublik. Eine „Wiedervereinigung“ der nun formell zu „Staaten“ gewordenen Teile Deutschlands wurde immer schwieriger.

Die zweite Phase in dem Prozeß, der von der Teilung zur Spaltung Deutschlands führte, wurde bestimmt von der militärpolitischen Restauration. Im Sommer 1950 bot der Bundeskanzler den Westmächten an, eine neue westdeutsche Armee aufzustellen und sie den westlichen Streitkräften zu inte-

*) Eine kritische Betrachtung der Entwicklung der DDR würde über das hier gestellte Thema hinausgehen. Sie muß einem anderen Aufsatz vorbehalten bleiben, der dann auch das Problem der Partnerschaft der beiden deutschen Staaten zu behandeln hätte.

grieren. Der verantwortliche westdeutsche Staatsmann drängte die Bundesrepublik bewußt in die Rolle eines aktiven militärischen Exponenten des Westens im Kalten Krieg. Mit diesem Militär-Bündnis erst erkaufte der westdeutsche Staat seine „Souveränität“. Und er erkaufte sie teuer, denn für die rein formelle außenpolitische „Freiheit“ bezahlte er mit einer neuen, überaus schwerwiegenden militär-politischen Bindung. Das wirkte sich innenpolitisch zugunsten einer Restauration der Militär-Ideologie, in gewissen neuen Formen, aus. Es führte aber auch sehr schnell zu einer entsprechenden Reaktion im anderen Teil Deutschlands: dem Aufbau der westdeutschen Bundeswehr folgte die Aufstellung der Nationalen Volksarmee der DDR, dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO der der DDR in den „Warschauer Pakt“. Die beiden deutschen Armeen vertraten fortan nicht nur zwei gesellschaftlich-ideologisch einander immer feindlicher werdende deutsche Staaten, sondern zwei weltpolitische Machtblöcke, zu deren bloßen Funktionären sie mehr oder weniger wurden.

Die Politik der militärischen Westbindung Bonns hatte aber auch noch andere Folgen. Die Bundesrepublik trat als Militär-Macht in die Reihen eines offen anti-sowjetischen und anti-kommunistischen Bündnisses. Sie mußte damit den besonderen Argwohn der Sowjetunion erregen und diese veranlassen, mehr denn je vorher auf eine Konsolidierung ihrer militärischen und politischen Position in Mitteleuropa Gewicht zu legen. Dies um so mehr, als Westbündnis und Wiederaufrüstung der Bundesrepublik von einer ideologischen Aggressivität begleitet wurden, die das Westdeutschland Konrad Adenauer sehr schnell zum anti-kommunistischen Musterschüler der USA avancieren ließ. Die politischen Führer in Bonn erklärten unumwunden, daß sie den Eintritt der Bundesrepublik in die NATO als das geeignete Mittel dazu betrachteten, eines Tages die Sowjetunion zu einem Rückzug aus Mitteleuropa durch militärischen Druck zu zwingen und auf diese Weise auch das Problem der deutschen Wiedervereinigung zu lösen. Die politischen und psychologischen Hypothesen sowie die wirtschaftlichen Lasten der Wiederaufrüstung sind jahrelang immer wieder durch eine Propaganda-Parole gerechtfertigt worden, die sich auf die kurze Formel bringen läßt: durch Wiederaufrüstung zur Wiedervereinigung. Bonn pochte darauf, daß seine westlichen Bündnispartner es in diesem Sinne unterstützen würden. Daß eine Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung dieser Parole Glauben schenkte und zweimal das Mandat der Regierung Adenauer bestätigte, besagt nichts hinsichtlich der wirklichen Chancen einer solchen Politik. Begleitet war sie schon seit 1949 von dem, was wir hier bereits früher die Ideologie des ‚Gesamtdeutschen Anspruches‘ der Bundesrepublik und die ‚Modell-Theorie‘ genannt haben. Die Bundesregierung lehnte jedes Gespräch mit der DDR strikte ab und erklärte deren Regierung für illegitim. Sie fühlte sich an der Seite der Westmächte stark genug, Verhandlungen abzulehnen und stattdessen Maximal-Forderungen zu stellen. Das heißt, sie verlangte von der Sowjetunion nichts anderes als eine offene Kapitulation in der „Deutschland-Frage“: die Liquidation des sozialistisch-kommunistischen Systems in der DDR, deren Anschluß an die Bundesrepublik und den Eintritt des neuen gesamtdeutschen Staates in ein anti-sowjetisches Militärbündnis der Westmächte. Das war, offiziell, Bonns Programm, durch Jahre hindurch. Der „Gesamtdeutsche Anspruch“ sollte die absolute Intransigenz Ostberlin gegenüber rechtfertigen und verhindern, daß die DDR außenpolitisch als deutscher Staat anerkannt würde. Und die „Modell-Theorie“ besagte, daß das Muster für den gesellschaftlichen, politischen und militärpolitischen Status Gesamtdeutschlands allein die Bundesrepublik sein könne.

Die Sowjetunion hat Bonn immer wieder zu verstehen gegeben, daß sie aus naheliegenden politischen, militärischen und psychologischen Gründen zu einer

Erfüllung dieser westdeutschen Maximal-Forderungen sich niemals bereiterklären könne. Sie hat verständlicherweise vor allem daran Anstoß genommen, daß die Bundesregierung auf dem Verlangen nach politisch-militärischer Bündnis-Wahl-freiheit einer späteren gesamtdeutschen Regierung um jeden Preis bestand, obwohl ein derartiges Ansinnen (sofern es ernst gemeint und nicht nur ein Obstruktions-Mittel war, das jegliche Verhandlungen verhindern sollte) dem politischen Realismus in der Bundeshauptstadt nicht gerade ein gutes Zeugnis ausstellt. Moskau hat dann die Bundesrepublik in zahlreichen Noten vor den Folgen der Wiederaufrüstung und vor allem vor der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr gewarnt, unter unmißverständlichem Hinweis darauf, daß diese Wiederaufrüstungs-Politik die Lösung des deutschen Wiedervereinigungs-Problems immer weiter komplizieren müsse. Alle diese Warnungen sind von der Bonner Regierung höhnisch als „bloße Propaganda“ abgetan worden. Sie hat es versäumt, die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion in der Deutschen Frage jemals durch ein halbwegs realistisches, konkretes Verhandlungs-Angebot auch nur zu erproben. Diese absolute Intransigenz gegenüber der vierten Siegermacht des zweiten Weltkrieges war begleitet von einer nicht minder intransigenten Haltung gegenüber allen anderen Ostblock-Staaten. Besonders schwerwiegend sind in diesem Zusammenhang die Versäumnisse der westdeutschen Polen-Politik, die durch bloße betauernde „Erklärungen“, wie sie etwa der Bundeskanzler zum 1. September gegenüber dem polnischen Volke abgegeben hat, nicht wiedergutmacht werden können. Wenn irgendwo dann sind gerade gegenüber Polen unter den heutigen Umständen n u r Taten Realitäten, nicht aber Worte.

Die Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, die die Bundesrepublik hinsichtlich der Wiedervereinigung auf die Politik des Westbündnisses und der forcierten Aufrüstung gesetzt hatte. Sie beruhten auf einer gefährlichen militärpolitischen Selbstüberschätzung Bonns und auf der Fehlspekulation, der „Kalte Krieg“ werde eines Tages die Sowjetunion zumindest zur Preisgabe der DDR veranlassen. Die Entwicklung ist aber, und nicht zuletzt gerade auf Grund des westdeutschen militärpolitischen Engagements, in entgegengesetzter Richtung verlaufen. Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik wurde nicht zum entscheidenden Instrument der Wiedervereinigung, sondern zum mit-entscheidenden Hindernis auf dem Wege zu ihr. Außenpolitisch hat die DDR in den letzten Monaten beinahe überall Terrain gewonnen. Ihre Wirtschaftslage hat sich wesentlich gebessert. Auf der anderen Seite aber sind die USA und Großbritannien heute aus zwingenden Gründen zu einer Entspannungs-Politik auf lange Sicht bereit. Entspannungs-Politik heißt nicht Kapitulations-Politik. Aber es bedeutet den bewußten Verzicht auf realpolitisch unsinnige Forderungen zugunsten einer konkreten Politik im Rahmen des Möglichen, die die grundsätzlichen Gegensätze zwischen Ost und West langsam mildern, vor allem aber den Frieden sichern kann. Für die Bundesrepublik gilt heute, was nicht nachdrücklich genug gesagt werden kann, weil solche Einsicht allein die Bonner Politik endlich aus der Sackgasse herausführen kann: es kann und es wird kein Zurück zu 1945 oder 1949 in Deutschland geben. Die Wirklichkeit von 1959 ist eine andere als die von 1945 und die von 1949. Die nationalpolitische und gesellschaftliche Wirklichkeit in beiden zu Staaten gewordenen Teilen Deutschlands wird 1969 wiederum eine andere sein als heute. Der ‚Gesamtdeutsche Anspruch‘ der Bundesrepublik aber ist außen- wie innenpolitisch endgültig nur noch eine Fiktion. Westdeutschland hat seinen in mancher Hinsicht positiven Wiederaufbau mit einer zehnjährigen Politik der nationalpolitischen Illusionen teuer, vielleicht zu teuer bezahlt. Aber

gerade die weltpolitische Entspannung, die sich jetzt anbahnt, bietet auch ihm eine konkrete Chance zu einer ‚deutschen Politik‘ im Rahmen des Möglichen. Das nüchtern-illusionslose politische Gespräch und der freie gesellschaftliche und geistige Wettbewerb mit der DDR allein können zu einer positiveren deutschen Wirklichkeit führen.

Arno Behrisch, MdB

„Herrschaftsauftrag auf Frist“

Jüngst hat uns Theodor Heuss eine wichtige Wahrheit wiederholt: Demokratie ist Herrschaftsauftrag auf Frist. Die Demokratie ist ein System der gewaltlosen und unblutigen Macht ablösung. Da sie auf dem Gedanken einer Wertgemeinschaft über den in einer freien Gesellschaft unvermeidlichen Konflikten, Gegensätzen und Streitigkeiten fußt, bedeutet ein Regierungswechsel keinen Systemwechsel. Umgekehrt: Demokraten wissen, daß Menschen an der Macht sich verbrauchen, daß Macht mehr oder minder alle Menschen zu Machtmißbrauch verführt, und leiten daraus die Ablösung der Mächtigen als wünschenswert und notwendig ab. Wir lasen ja auch schon bei Euripides: Macht, die über das Maß sich erhebt, vertragen die Sterblichen nirgends und nie. Darum ist's besser, man hat sich gewöhnt an die Schranken der Gleichheit.

Demokratie ist vor allem Zusammenarbeit zwischen Andersdenkenden. Der entscheidende Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur liegt darin, daß nach den Grundsätzen der Demokratie das Mehrheitsprinzip modifiziert werden muß durch die Anwendung der Prinzipien der Freiheit und der Toleranz. Demokratie bedingt Kompromisse, wobei die Mehrheit bei der Minderheit nie das Gefühl aufkommen lassen darf, der fairen Chance, Mehrheit werden zu können, durch Manipulationen beraubt zu sein. Mit anderen Worten: Die Majorität darf die Minorität unter gar keinen Umständen von der Opposition in die Obstruktion treiben. Der Regierungschef darf in der Opposition nur den Gegner, niemals aber den Feind sehen.

Im neuen Grundsatzprogramm der deutschen Sozialdemokraten heißt es deshalb durchaus folgerichtig: „Regierung und Opposition haben verschiedene Aufgaben von gleichem Rang, beide tragen Verantwortung für den Staat“. In England wird der Opposition die Gleichwertigkeit sichtbar damit bestätigt, daß ihr Führer vom Königshaus besoldet wird. Mit diesem Geld soll der Führer der Opposition nicht etwa bestochen werden, sondern es wird damit ausgedrückt, daß die Opposition das Salz der Regierungssuppe ist, daß die Opposition das unerläßliche Korrektiv und Kontrollorgan der Regierung darstellt.

Ein Dezennium parlamentarischer Demokratie in Deutschland sollte Veranlassung sein, die eben skizzierten Grundsätze mit der Wirklichkeit in unserem Lande zu konfrontieren. Nach der Verabschiedung des Grundgesetzes, das die Macht vor allem beim Bundeskanzler konzentrierte, sagte das Mitglied des Parlamentarischen Rates Konrad Adenauer: „Darum darf ich den Wunsch aussprechen, die maßgebenden politischen Parteien möchten bei dem Wahlkampf, der nun entbrennen wird, mit dafür sorgen, daß man ehrlich und in vornehmer Weise miteinander kämpft unter Zurückstellung alles dessen, was ... trennen